

Monitoring KW 23

Bürokratieabbau im Bundestag diskutiert

Im Bundestag und in den Ausschüssen des Bundestags wurde vergangene Woche über das BEG IV, sowie über Bürokratismus im Allgemeinen diskutiert.

Vergangene Woche fand im Bundestag eine Anhörung von Sachverständigen zum Gesetzesentwurf des BEG IV statt. Die Fragen der Abgeordneten betrafen vor allem die vorgeschlagenen Änderungen zur Erleichterung der Kommunikation im Mietrecht, im Arbeitsrecht und im Unterhaltsvorschussrecht, speziell Formerleichterungen wie den Übergang von der Schrift- zur Textform. Außerdem wollten sie unter anderem wissen, wie die Kommunikation zwischen Bürgern und Bürgerinnen und dem Staat weiter verbessert werden kann, und wie die „One in, one out“-Regelung bei Gesetzesvorhaben umgesetzt wird.

Der Vorsitzende des Nationalen Normenkontrollrates (NKR), Lutz Goebel, bewertete die Initiative für ein BEG IV positiv. Mit rund einer Milliarde Euro jährlichem Entlastungsvolumen für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung sei das Gesetz ein wesentlicher Beitrag zur Senkung regulatorischer Folgekosten. Die Bundesregierung habe angekündigt, die Entlastungswirkung des BEG IV weiter zu erhöhen. Der NKR empfehle, regulatorische Folgekosten in der Breite der Gesetzgebung bewusst zu senken. Gleichwohl sehe der NKR weiteres Potenzial zur Anreicherung des BEG IV und mache dazu konkrete Vorschläge.

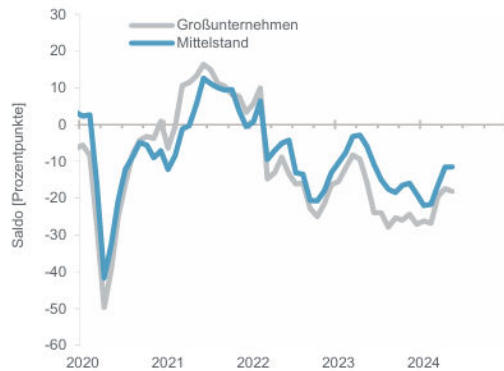
Zudem gibt es Warnungen im Bundestag vor noch mehr Agrarbürokratie. Der Deutsche Bauernverband bezieht sich vor allem auf die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union. In einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Ernährung und zum Gesetzesentwurf der Bundesregierung „zur Änderung des GAP-Konditionalitäten-Gesetzes“ erklärte die Organisation, die Bundesregierung tue gut daran, die nun zusätzlich noch bei der GAP-Förderung hinzukommende soziale Konditionalität unbürokratisch und ohne neue Nachweis- und Dokumentationspflichten für die Landwirte umzusetzen.

KfW-ifo-Mittelstandsbarometer Mai 2024

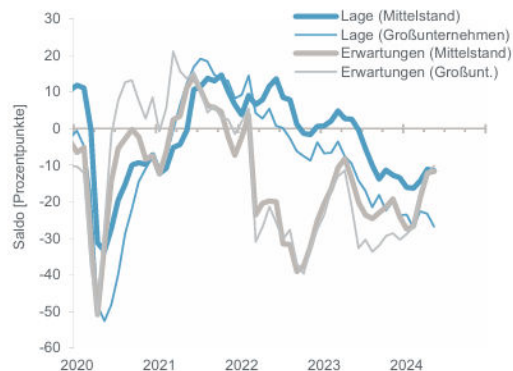
Die Stimmung unter den Mittelständlern steigt im Mai zum vierten Mal in Folge, diesmal allerdings nur geringfügig und auch nur, weil der Blick in die nähere Zukunft etwas positiver ausfällt. Dabei stehen lediglich die Dienstleister einem besseren Geschäftsklima im Weg. Alle

anderen Hauptwirtschaftsbereiche der mittelständischen Wirtschaft sind teils erheblich besser gestimmt als im April. Alles in allem kommt eine Belebung der Konjunktur in Sicht, doch insgesamt bleibt das Wachstum dieses Jahr noch mager.

KfW-ifo-Geschäftsklima



KfW-ifo-Klimakomponenten



Quelle: KfW Research, ifo Institut

BW: Arbeitsmarktzahlen im Mai 2024

Für den Mai 2024 liegen neue Arbeitsmarktzahlen für Baden-Württemberg vor.

„Der Mai sorgt für eine erste leichte Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt in diesem Jahr. Auch wenn es nur ein leichter Rückgang ist, so freuen wir uns dennoch über eine erstmalige positive Veränderung der Arbeitslosenquote in 2024“, erklärte Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, am 4. Juni anlässlich der Veröffentlichung der neuen Arbeitsmarktdaten für Baden-Württemberg.

Die Arbeitslosenquote sank im Mai 2024 auf 4,1 Prozent, nachdem sie die letzten vier Monate in Folge ohne Veränderung auf 4,2 Prozent lag. Im Mai 2023 lag sie bei 3,7 Prozent. Die gesamte Zahl der Arbeitslosen in Baden-Württemberg hat sich im Mai 2024 um 2.301 beziehungsweise 0,9 Prozent auf 262.466 Arbeitslose verringert. Im Vergleich zum Vorjahresmonat sind es derzeit 25.554 (10,8 Prozent) Arbeitslose mehr.

Die Arbeitskräftenachfrage nimmt weiterhin ab. Im Mai 2024 sank die Anzahl der gemeldeten offenen Stellen bei der Bundesagentur für Arbeit auf 81.724. Gegenüber dem Vormonat sind das 1.159 beziehungsweise 1,4 Prozent ausgeschriebene Stellen weniger. Im Vorjahresvergleich waren 15.676 beziehungsweise 16,1 Prozent Stellen weniger ausgeschrieben.

Bauern demonstrieren abermals gegen EU-Agrarpolitik

Um ihren Forderungen vor der EU-Wahl Nachdruck zu verleihen, sind Bauern aus verschiedenen europäischen Ländern nach Brüssel gekommen.

Kurz vor den Europawahlen haben Bauern aus verschiedenen EU-Staaten wieder in Brüssel demonstriert. Die rund 1200 Teilnehmenden forderten unter anderem «Mehr Freiheit, weniger Brüssel».

Der Protest richtete sich kurz vor der Europawahl vor allem an die Agrarpolitik der EU. Jedoch wurde die Demonstration nicht von den großen europäischen Bauernverbänden unterstützt.